

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Sitzung: Dienstag, 01.10.2019, 16:00 Uhr

Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.09.2019
(öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen
- 3.1. Arbeit der Regionalen Energie- und KlimaschutzAgentur e. V.
(Vortrag des 1. Vorsitzenden Herrn Hilmer)
- 3.2. Arbeit der Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege
(Vortrag von Herrn Dr. Hoppe-Dominik und Herrn Hermann)
- 3.3. 19-11760 Klimaschutz in Braunschweig: Rückblick und Ausblick
(wird nachversandt)
- 3.4. Vorstellung und Einleitung durch Mitglieder von Fridays for Future
Braunschweig
mit anschließendem Dialog zwischen politischen Vertretungen und
Mitgliedern von Fridays for Future Braunschweig, insbesondere
zum Forderungspapier vom Mai 2019
4. Planfeststellung für das Vorhaben "Bahnhof Braunschweig-
Gliesmarode: Änderung der Verkehrssituation von Bahn-km 56,200
bis 56,738 der Strecke 1722 Celle-Braunschweig in der Stadt
Braunschweig"
Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig
5. Anfragen

19-11744

Braunschweig, den 24. September 2019

Betreff:

Klimaschutz in Braunschweig: Rückblick und Ausblick

Organisationseinheit: Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	Datum: 26.09.2019
---	----------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Planungs- und Umweltausschuss (zur Kenntnis)	01.10.2019	Ö

Sachverhalt:

In der vorliegenden Mitteilung wird über die bisherigen und zukünftigen Aktivitäten des Klimaschutzmanagements berichtet. Ein wesentliches Projekt ist die derzeit stattfindende Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts. Im Zuge dieser Fortschreibung wird auch der Forderungskatalog von „Fridays For Future Braunschweig“ und die Konstituierung eines Arbeitskreises bearbeitet.

Aktivitäten im Klimaschutz

Die Verwaltung ist schon seit über 10 Jahren im Klimaschutz aktiv. So wurden zahlreiche Maßnahmen zu konkreten Reduktion von Treibhausgasen umgesetzt, aber auch viele Maßnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit angestoßen.

Nicht nur aus dem Klimaschutzmanagement, sondern auch von weiten Teilen der Verwaltung wurden seitdem verschiedene Aktivitäten angestoßen. Im Folgenden werden einige Beispiele der gesamten Verwaltung genannt:

- Konzept und Wettbewerb zur Energieeinsparung und Abfallvermeidung durch Nutzerverhalten in Schulen der Stadt Braunschweig seit 2014 (Energie-Fuchs, Abfall-Fuchs, Projekt-Löwe)
- Modellprojekt „Braunschweig – integrierter Klimaschutz mit urbanem Grün. Makroklimatische Regulierung durch Pflanzen“ (Ziel: 5% der Braunschweiger Treibhausgasemissionen durch Grün binden)
- Fertigstellung der Leitlinie „Klimagerechte Bauleitplanung“ in 2019
- Fertigstellung und Beschluss des Elektromobilitätskonzepts in 2019 (Ziel: dienstliche Mobilität so klimaverträglich und effizient wie möglich zu gestalten)

Beispielhaft werden hier zehn Meilensteine des Klimaschutzmanagements der Stadt Braunschweig aufgezeigt:

1. Verabschiedung des Integrierten Klimaschutzkonzepts in 2010
2. Einstellung der beiden Klimaschutzmanager/innen in 2012 und 2014
3. Kontinuierliche Entwicklung und Durchführung des Förderprogramms für regenerative Energien seit 2012
4. Eröffnung der kostenlosen Braunschweiger Energieberatung in 2015 und Einstellung eines städtischen Energieberaters in 2016
5. Energiesparen am Arbeitsplatz: Hausmeisterschulungen in 2013 und 2014 sowie Energieeinsparprojekt „change“ in 2015 und 2016 mit Beteiligung von über 300 Mitarbeiter/-innen der Verwaltung
6. Fortschreibung der CO₂-Bilanz in 2015
7. Jährliche Fahrrad-Route „Klimafreundliches Braunschweig“ seit 2015

8. Kostenlose Solar-Check-Beratungen (Vor-Ort-Beratung zur Solarenergienutzung und weiteren energierelevanten Themen) seit 2015
9. Auslobung des Braunschweiger Klimaschutzpreises in 2017 und 2019
10. Durchführung der Mehr<Weniger-Kampagne zu konsumbedingten Treibhausgasen mit über 70 Einzelaktionen seit 2017, u. a. Beteiligung an der Braunschweiger Klimawoche (Hauptorganisator ist „Fridays For Future Braunschweig“) im September 2019 mit zwei Veranstaltungen („Zero-Waste-Workshop“ und Kinovorführung „Zeit für Utopien“)

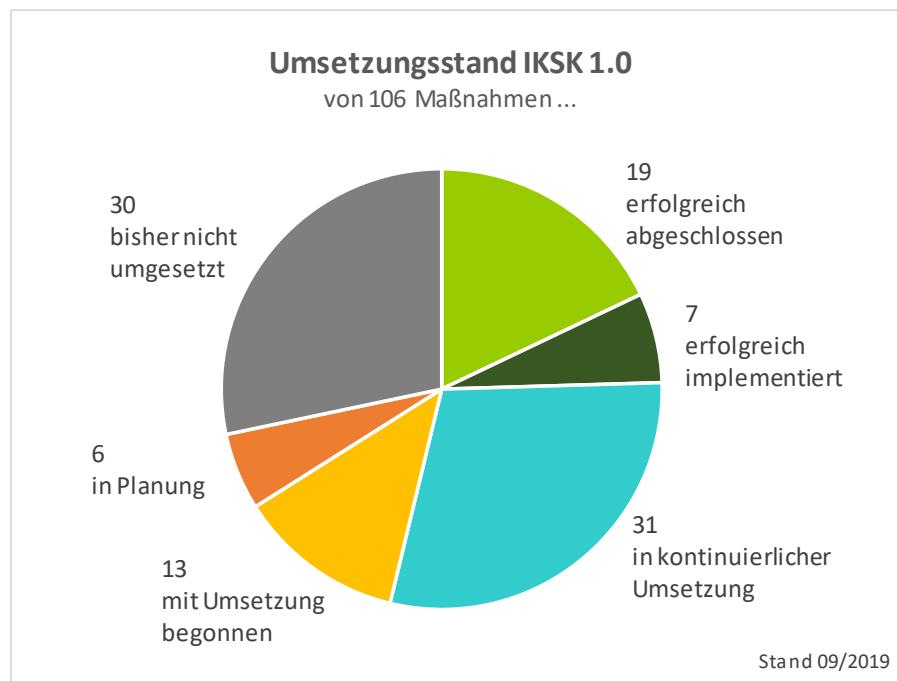
Für Ende dieses Jahres und danach sind noch folgende Highlights geplant:

- Informationsabende zur Energetischen Gebäudesanierung im dritten Jahr in Folge (November 2019 - Januar 2020)
- Aktualisierung des Braunschweiger Solarkatasters (2019/2020)
- Verleihung des Klimaschutzpreises 2019 (Dezember 2019)
- Verabschiedung des neuen Klimaschutzkonzepts in 2020
- Fernwärmehheizkraftwerk: Kohleausstieg 2022

Stand des Klimaschutzkonzepts

Wie im Beschluss „Klimaschutz in Braunschweig“ (Drs.18-09238) beauftragt und in Drs. 19-10922 ergänzt, hat das Klimaschutzmanagement gemeinsam mit Fachbüros begonnen ein neues Klimaschutzkonzept (Klimaschutzkonzept 2020) zu erarbeiten.

Als erster Schritt wurde das bestehende integrierte Klimaschutzkonzept von 2010 evaluiert. Dazu wurde der Umsetzungstand bei den einzelnen zuständigen Stellen abgefragt. Seit August liegen nun die Rückmeldungen vor. Die Auswertung zeigt, dass für über 70% der 106 Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts die Umsetzung begonnen hat, kontinuierlich fortgeführt wird oder abgeschlossen ist. Die nicht umgesetzten Maßnahmen sind teilweise inzwischen überholt bzw. werden als Vorschlag für das neue Maßnahmenkonzept mit aufgenommen.



Die Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts von 2010 tragen wesentlich zur Öffentlichkeitswirksamkeit und Reduktion der CO₂-Emission bei. Die Maßnahmen sind allerdings meist nicht mit quantifizierbaren Größen (z. B. konkrete Ziele im Zubau neuer PV-Anlagen) oder sich daraus ergebenden Treibhausgas-Minderungspotenzialen hinterlegt. Es

können daher bei den meisten Maßnahmen keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Gesamtbilanz evaluiert werden.

Das neue Klimaschutzkonzept 2020 soll sich daher viel stärker als vorher an die Erreichung des CO₂-Einsparziels (jetzt bis 2030) orientieren und die dafür notwendigen Maßnahmen vorschlagen. Die neuen Maßnahmen sollen soweit wie möglich mit konkreten Umsetzungszielen und Treibhausgas-Minderungspotenzialen versehen werden, um sowohl den Beitrag zur Zieleinhaltung kenntlich zu machen als auch das Monitoring zukünftig zu vereinfachen. Ein Monitoring soll künftig genauso wie die Fortschreibung der CO₂-Bilanz alle fünf Jahre stattfinden.

Parallel zur Evaluation wird die Treibhausgas-Bilanz der Stadt aktualisiert. Es fand zwecks Vergleichbarkeit eine Umstellung der eigenen Bilanzierungsmethode auf die Methode des Regionalverbandes statt. Sobald die endgültigen Ergebnisse vorliegen, wird dem Planungs- und Umweltausschuss erneut berichtet.

Zukünftige Zielsetzung

Die Verwaltung schlägt vor, dass sich das Klimaschutzkonzept 2020 an dem weltweiten Pariser Klimaschutzübereinkommen orientiert. Dieses hat die Zielsetzung, die globale Erwärmung auf 1,5°C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann muss nach dem Sonderbericht zu 1,5°C des IPCC aus 2018 bereits in wenigen Jahren eine massive Reduktion der Treibhausgase stattfinden. Diese Emissionspfade gelten als realisierbar, wenn eine gewisse Überschreitung der Emissionen zugelassen werden, die durch negative Emissionen z. B. durch Aufforstung oder technische Maßnahmen später auszugleichen sind. Für Deutschland wurde dieser „Globale 1,5°C-Kurs nach IPCC“ vom New Climate Institute (2019) auf die Zielsetzung in Deutschland übertragen. Demnach ist eine Treibhausgas-Minderung von etwa 70 % bis 2030 und von 95 % bis 2050 (Basisjahr 1990) erforderlich.

Damit Braunschweig einen entsprechenden Beitrag zu der Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens leisten kann, schlägt die Verwaltung vor, für das neue Klimaschutzkonzept ebenfalls die Reduktionsziele -70% bis 2030 und -95% bis 2050 zu verfolgen. Das Ziel bis 2050 wird zudem auch vom „Masterplan 100%“ der Regionalverbands Großraum Braunschweig gesetzt. Zur Zielerreichung müssen die örtlichen Anstrengungen in allen Bereichen deutlich intensiviert und basierend auf dem restlichen Treibhausgas-Budget für Braunschweig auch bereits bis etwa 2030 umgesetzt werden.

Zusätzlich ist auch auf Bundesebene ein entsprechend ambitioniertes Vorgehen nötig sowie eine entsprechende Verhaltensänderung und Mitwirkung jedes Einzelnen erforderlich. Denn die ambitionierten Ziele können nicht von der Verwaltung alleine erreicht werden. Beispielsweise haben die Emissionen der Verwaltung inkl. ihrer städtischen Gesellschaften nur einen Anteil von etwa 2 % an den gesamten Treibhausgasemissionen der Stadt Braunschweig. Nur diesen Anteil kann die Verwaltung demzufolge direkt beeinflussen. Daneben gibt es Bereiche in der die Verwaltung Richtungen vorgeben bzw. Einfluss nehmen kann, wie in der Stadt- und Verkehrsplanung. In anderen Bereichen kann die Verwaltung kaum oder nur indirekt zu Änderungen führen wie z. B. Ausbau von PV im privaten Bereich, Sanierung von privaten Bestandsgebäuden oder die (Konsum-)Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger. In vielen Fällen sind somit die Vorgaben vom Bund und Land maßgeblich. Gerade beim Ausbau von erneuerbaren Energien werden der Anreiz (z. B. Einspeisevergütung durch EEG) und die Hemmnisse (z. B. Hürden bei der Umsetzung von Mieterstrom) wesentlich von den Entscheidungen auf Bundesebene geprägt. Auch der Verkehrssektor wird durch den überregionalen Verkehr der Autobahnen beeinflusst, so dass hier kommunaler Einfluss nur bedingt möglich ist.

Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass die Verwaltung selber mit Vorbildfunktion in Sachen Klimaschutz vorangeht und im Klimaschutzkonzept eine klare Zielsetzung vorgibt, auch wenn die Zielerreichung nicht allein in kommunaler Hand liegt.

Geplantes Maßnahmenkonzept und Workshops

Auf Basis der Evaluation und der Treibhausgasbilanzierung wird aktuell ein neues Maßnahmenkonzept entwickelt, was eine bestmögliche Gesamtstrategie für zielführenden Klimaschutz darstellen wird. Für das Klimaschutzkonzept 2020 wird ein entsprechendes „Energiewendeszenario 2050“ von einem Fachbüro mit geeigneten Maßnahmen in Braunschweig entwickelt. Basierend auf den Zahlen der Emissionsbilanz wird eine Verringerung des Endenergieverbrauchs und eine gleichzeitige Erhöhung des erneuerbaren Teils an der Endenergieerzeugung hierfür angenommen. Spätestens vom Jahr 2050 an sollen sich beide dann decken, sodass eine annähernde Vollversorgung aus erneuerbaren Energien anvisiert wird.

Wie in Drs. 19-10922 beschlossen, werden die Maßnahmen des Forderungskatalogs von „Fridays For Future Braunschweig“ derzeit weiter geprüft und bewertet (siehe Drs. 19-10848 „Forderungspapier Fridays For Future“) mit dem Ziel, geeignete Maßnahmen in einen ersten Entwurf für den Maßnahmenkatalog des Klimaschutzkonzepts aufzunehmen. Nach derzeitigem Stand eignen sich viele der vorgeschlagenen Maßnahmen dazu. Eine detaillierte Beschreibung erfolgt mit Fertigstellung des Maßnahmenkonzepts.

Das Maßnahmenkonzept bildet das Kernstück des Klimaschutzkonzepts 2020 und soll entsprechend von Expertinnen und Experten begutachtet werden. Hierzu wird zunächst ein verwaltungsinterner Workshop voraussichtlich noch dieses Jahres stattfinden. Anschließend ist ein externer Workshop mit Umweltverbänden und -vereinen (einschließlich „Fridays For Future Braunschweig“) Anfang nächsten Jahres geplant. Die Einladungen zur ersten Veranstaltung werden voraussichtlich in den nächsten Wochen verschickt.

Das Klimaschutzmanagement möchte in den Workshops eine Vielzahl von Maßnahmen diskutieren und die Umsetzbarkeit erörtern bevor diese in das Klimaschutzkonzept aufgenommen werden. Die Maßnahmen setzen sich zusammen aus weiterhin sinnvollen Maßnahmen des ersten Klimaschutzkonzeptes, aus dem Forderungskatalog von „Fridays For Future Braunschweig“, sowie aus zusätzlich als effektiv betrachteten Maßnahmen. Die Maßnahmen kommen aus verschiedenen Themenfeldern wie Struktur und Organisation, Finanzen, Verkehr und Mobilität, Stadtplanung und -entwicklung, klimafreundliche Verwaltung, Umwelt und Ressourcen, Energieerzeugung und -effizienz, Wirtschaft sowie klimafreundlicher Alltag und klimafreundliches Wohnen.

Ziel ist es, das Klimaschutzkonzept in 2020 abzuschließen und es dem Rat der Stadt Braunschweig zum Beschluss vorzulegen.

Arbeitskreis „Braunschweig For Future“

Der Rat hat (Drs. 19-10922) die Konstituierung eines Arbeitskreises „Braunschweig For Future“ mit Vertreterinnen und Vertreten aus Rat, Verwaltung, „Fridays For Future Braunschweig“ und regionalen Umweltverbänden beschlossen.

Die Verwaltung beabsichtigt, aufgrund positiver Erfahrungen bei der Erstellung von Umweltkonzepten (Lärmaktionsplan, Klimaschutzkonzept etc.) auch diese Erstellung des Klimaschutzkonzeptes unter Beteiligung der Umweltverbände (einschließlich „Fridays For Future Braunschweig“), der Regionalen Energie- und Klimaschutzagentur reka und weiterer Experten aus Forschung und Wissenschaft zu erarbeiten. So können in diesen Workshops sowohl die Vorschläge der Verwaltung als auch der Umweltverbände (einschließlich „Fridays For Future Braunschweig“) direkt besprochen und ausgetauscht werden. Der sodann

erarbeitete Entwurf des Klimaschutzkonzeptes 2.0 kann anschließend in die politische Diskussion gegeben werden.

Zitierte Studien:

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), 2018: Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C [...].
<https://www.ipcc.ch/sr15/>

New Climate, 2019: 1,5°C: Was Deutschland tun muss.

<https://newclimate.org/2019/03/14/15c-was-deutschland-tun-muss/>

Leuer

Anlage/n:

keine

Betreff:

Planfeststellung für das Vorhaben "Bahnhof Braunschweig-Gliesmarode: Änderung der Verkehrssituation von Bahn-km 56,200 bis 56,738 der Strecke 1722 Celle-Braunschweig in der Stadt Braunschweig"

Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig

Organisationseinheit:	Datum:
Dezernat III	23.09.2019
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	25.09.2019	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Entscheidung)	01.10.2019	Ö

Beschluss:

Der Stellungnahme der Stadt Braunschweig (Anlage 1) wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Planungs- und Umweltausschusses ergibt sich aus § 76 Abs. 3 S. 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 4 b Hauptsatzung. Danach ist die Zustimmung zu städtischen Stellungnahmen in Planfeststellungsverfahren auf den Planungs- und Umweltausschuss übertragen.

Inhalt

Für das Bauvorhaben werden ausschließlich Grundstücke der DB beansprucht.

Am Bahnhof Gliesmarode wird der Mittelbahnsteig an den Gleisen 2 und 3 erneuert. Daneben erhält der Bahnsteig ein Wetterschutzhause, welches mit einer Infovitrine, einem Rollstuhlplatz und zwei Sitzbänken ausgestattet ist. Der Mittelbahnsteig wird über eine ca. 100 m lange Rampenanlage und eine Personenunterführung zukünftig barrierefrei und behindertengerecht erschlossen. Die Wegeleit- und Informationssysteme und die Bahnsteigausstattung werden entsprechend ergänzt. Das Gleis 1 wird zurückgebaut.

Verfahren

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr führt auf Antrag der DB Station & Service AG ein Planfeststellungsverfahren durch.

Für das o. g. Vorhaben wurden die Planfeststellungsunterlagen vom 26.08.2019 bis zum 25.09.2019 öffentlich ausgelegt und die Stadt Braunschweig aufgefordert, bis zum 10.10.2019 zu dem Plan aus ihrem Aufgabenbereich Stellung zu nehmen.

Die vorgesehene Stellungnahme der Stadt ist der Anlage 1 zu entnehmen.

Leuer

Anlage/n:

Anlage 1: Stellungnahme Stadt BS

Anlage 2: Anhörungsverfahren BHF Gliesmarode

Postanschrift: Stadt Braunschweig, Postfach 3309, 38023 Braunschweig

Niedersächsische Landesbehörde für
Straßenbau und Verkehr
Herrn Kelpen
Göttinger Chaussee 76 a
30453 Hannover

Fachbereich
Stadtplanung und Umweltschutz
Entwicklungs- und Standortplanung
Platz der Deutschen Einheit 1

Name: Frau Crone

Zimmer: A 2. 86

Telefon: 470-3780
Bürgertelefon/Vermittlung: 0531 470-1
oder Behördennummer 115

Fax: 470-3549

E-Mail: karin.crone@braunschweig.de

Tag und Zeichen Ihres Schreibens

(Bitte bei Antwort angeben)
Mein Zeichen

Tag

05.08.2019

P227.30213-6/19 DB
Gliesmarode

19.09.2019

Planfeststellung für das Vorhaben "Bahnhof Braunschweig-Gliesmarode: Änderung der Verkehrsstation" von Bahn-km 56,220 bis 56,738 der Strecke 1722 Celle-Braunschweig in der Stadt Braunschweig"

Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig

Sehr geehrter Herr Kelpen,

unter Berücksichtigung der nachfolgenden Hinweise stimmt die Stadt dem Vorhaben zu:

Zur städtebaulichen Planung

Die ausgelegte Planung für den Umbau des Bahnhofes Gliesmarode entspricht den Anforderungen und Wünschen der für dieses Projekt eingerichteten Arbeitsgruppe bei der Stadt Braunschweig. Sowohl die Breite der Unterführung, die Großzügigkeit des Zugangstrichters als auch die Ausbildung der Rampe bilden in der jetzigen Form ein großzügiges Entreé zum Bahnhof und werden volumnfänglich mitgetragen.

61.1 hatte in der Arbeitsgruppe vorgeschlagen, den 2. Zugang zu den Bahnsteigen von der Grünewaldstraße, der auch heute schon inoffiziell existiert, zu erhalten und auszubauen. Hierdurch könnten zum einen lange Wege aus dem zentralen Bereich des östlichen Ringgebietes vermieden werden. Zum anderen wäre damit eine zweite nahezu höhengleiche Erschließung möglich. Diese Anregung konnte aus Sicherheitsbedenken bei der jetzigen Planung nicht berücksichtigt werden. Es wurde daher angeregt, im Zusammenhang mit einem späteren Umbau des Bahnübergangs an der Grünewaldstraße eine östliche Zuwegung zu den Bahnsteigen neu zu untersuchen.

Zum Abfallrecht

Aus abfallrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.

Internet: <http://www.braunschweig.de>
Sprechzeiten:



NORD/LB Landessparkasse IBAN DE21 2505 0000 0000 8150 01
Postbank IBAN DE05 2501 0030 0010 8543 07
Volksbank eG BS-WOB IBAN DE60 2699 1066 6036 8640 00

Gläubiger ID: DE 09BS100000094285
Umsatzsteuer-ID: DE 11 48 78 770
Umsatzsteuernummer: 14/201/00553

Aufgrund der langjährigen bahntechnischen Nutzung der betreffenden Bereiche sind Verunreinigungen im Untergrund zu erwarten. Diese Einschätzung betrifft insbesondere die Gleiskörper inklusive des Gleisschotters wie auch die weiteren Bereiche, die bahntechnisch genutzt wurden.

Bei Erdbewegungsmaßnahmen ist daher verunreinigter Boden, bei Rückbauarbeiten im Gleiskörper zudem verunreinigter Gleisschotter zu erwarten. Diese Materialien unterliegen nach dem Aushub aus dem Untergrund bzw. des Gleiskörpers der abfallrechtlichen Gesetzgebung. Hinsichtlich der Verwertung dieser ausgehobenen Materialien im Planungsbereich wird auf die besonderen Vorschriften der Mitteilung 20 der LAGA –Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen- Stand 2003 hingewiesen.

Vor einer Verwertung der ausgehobenen oder abgeschobenen Materialien im Planungsbereich sind diese chemisch-analytisch zu untersuchen. Der Mindestumfang der analytischen Untersuchung ergibt sich aus der LAGA Mitteilung 20. Bei dem Analyseumfang ist zudem die bahntechnische Vornutzung inkl. der bahntypischen Herbizide zu berücksichtigen.

Es ist davon auszugehen, dass Boden, der aus dem Planungsbereich abgefahren werden soll, zum Teil einer fachgerechten Entsorgung zugeführt werden muss. Hierzu sind ggf. zusätzliche Declarationsanalysen erforderlich. Der Umfang dieser Analysen richtet sich nach den Anforderungen der jeweiligen Entsorgungs- bzw. Verwertungsstellen.

Die genannten Abfälle sowie alle weiteren Abfälle, die bei Maßnahmen im Planungsbereich anfallen, sind unter Beachtung der abfallrechtlichen Gesetzgebung zu entsorgen.

Zum Immissionsschutz

Zu Anlage 1 „Erläuterungsbericht“:

Die Beschreibung der Auswirkungen auf das Schutzgut „Mensch und die menschliche Gesundheit“ unter Nr. 9.2.1 „Schutzgut Mensch“ ist zu knapp ausgeführt. Hier ist mindestens auf die unter Anlage 11 und 12 beigefügten Lärm-/Schallgutachten zu verweisen und die Essenz der in den Gutachten ermittelten Ergebnisse aufzuführen. Unter Nr. 9.3 „Bewertung der Umweltauswirkungen“ sind diese Ergebnisse zu beurteilen und die daraus folgenden möglichen Handlungsweisen zur Verminderung und Vermeidung der bau- und betriebsbedingten Auswirkungen zu formulieren. Der lediglich vorgenommene Verweis auf die Anwendung der AVV Baulärm ist unzureichend für eine Bewertung.

Zu Anlage 11 „Baulärmgutachten gemäß AVV Baulärm“:

Im Baulärmgutachten wird ergänzend zur Beurteilung der Immissionen nach AVV Baulärm auch ein Bewertungsansatz zur Einhaltung eines Rauminnenpegels von 40 dB(A) berücksichtigt. Dieser Ansatz kann zur Beurteilung der Einhaltung des Immissionsrichtwerts nicht herangezogen werden, da der für die Berechnung des Beurteilungspegels erforderliche Wirkpegel gemäß AVV Baulärm 0,5 m vor dem geöffneten Fenster des nächstgelegenen schutzbedürftigen Raumes zu ermitteln ist.

Des Weiteren wird im Gutachten für die Nachtzeit der sogenannte Gesundheitspegel von 60 dB(A) aufgeführt. Grundsätzlich ist es richtig, dass in verschiedenen verwaltungsrechtlichen Entscheidungen Beurteilungspegel, sogenannte Gesundheitspegel, von 70 dB(A) in der Tagzeit bzw. 60 dB(A) in der Nachtzeit als „absolute Zumutbarkeitsgrenze“ und deren Überschreitung als mögliche Gesundheitsgefährdung nach Art. 2 Satz 1 GG angesehen werden. Des Weiteren werden sie allgemein als Indiz für einen städtebaulichen Missstand gesehen, vor dem Hintergrund, dass die Wohnqualität stark eingeschränkt ist und bei Dauerbelastung eine gesundheitliche Beeinträchtigung nicht ausgeschlossen werden kann. Diese Pegel stellen jedoch die Obergrenze für die Gesamtbelastung dar und können nicht auf die Immissionen einzelner Emissionsquellen - hier Baulärm - reduziert werden. Vielmehr ist im vorliegenden Fall zur Beurteilung, ob der sog. Gesundheitswert zur Nachtzeit überschritten ist, der Gesamtpegel aus dem zu erwartenden Baulärm und dem vorhandenen Straßen- und Schienenverkehrslärm zu ermitteln. Des Weiteren ist nicht nur der

Gesundheitswert zur Nachtzeit, sondern auch der Gesundheitswert zur Tagzeit (70 dB(A)) zu behandeln.

Unter Kap. 6 „Ermittlung und Abwägung der Vorbelastung (Schienenverkehrslärm)“ fehlt eine Aussage zur Vorbelastung durch Straßenverkehrslärm.

Zu Anlage 17 „Umwelterklärung“, Anhang II-2 „Formular zur Umwelterklärung“:

Die Frage unter Nr. 2.2b „Können mit dem Vorhaben baubedingt erhebliche Erschütterungen oder Lärmimmissionen auftreten?“ wurde mit „nein“ beantwortet. Dem kann aus immissionsschutzrechtlicher Sicht nicht gefolgt werden, da gemäß Baulärmgutachten in der Tag- und Nachtzeit regelmäßig an einigen Immissionsorten die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung (teils erheblich) überschritten wird. Gegenüber diesen überschreitungsverursachenden Bautätigkeiten sind Schallminderungsmaßnahmen vorzunehmen, so dass auch unter Nr. 7.7b „Können eine oder mehrere der oben aufgeführten Fragen nur unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen oder sonstiger Vorkehrungen mit „Nein“ beantwortet werden?“ die Frage nicht wie vorgenommen mit „nein“ beantwortet werden kann. Zumal der Schallgutachter im Ergebnis - aufgrund der langen Bauzeit und der erheblichen Überschreitungen - ebenfalls Schallschutzmaßnahmen bzw. Vorkehrungen für erforderlich erachtet.

Im Baulärmgutachten wird ein veraltetes Gebäudemodell berücksichtigt. Westlich der Gleise und nördlich der Berliner Straße befindet sich auf der ehemaligen Fläche des Praktiker-Baumarktes mittlerweile ein bauplanungsrechtlich festgesetztes Urbanes Gebiet (Kurzekampstraße-Südwest, GL 53). Die Fläche ist aktuell noch nicht abschließend bebaut; die bis zum Baubeginn errichteten Gebäude sind als schutzbedürftige Nutzungen im Maßnahmenkatalog (s. u.) mit zu berücksichtigen.

Grundsätzlich ist die schalltechnische Untersuchung der geplanten Baumaßnahme zum jetzigen Zeitpunkt als erste grobe Einschätzung anzusehen, die voraussichtlich aufgrund der im Gutachten getroffenen konservativen Ansätze eine Überbewertung der tatsächlich auftretenden Baulärmimmissionen darstellt.

Im Vorfeld zu den jeweiligen Tätigkeits- und Zeitblöcken der Baumaßnahme ist unter Rücksprache mit der Unteren Immissionsschutzbehörde ein Maßnahmenkatalog zur Lärminderung zu erstellen. Für diesen Katalog sind die im Baulärmgutachten aufgezeigten Möglichkeiten von Lärmschutzmaßnahmen (Kap. 7) kritisch auf technologische Anwendung zu prüfen und weitest möglich anzuwenden.

Bezüglich möglicher Erschütterungen, ist mindestens eine Woche vor dem Einsatz von erschütterungsintensiven Maschinen (z. B. Ramme, Vibrationswalze, Rüttelplatte) oder bei gebäudenahen Bautätigkeiten, die Untere Immissionsschutzbehörde zur Abstimmung/Festlegung von Schutzmaßnahmen bzw. Vorgehensweisen zu informieren.

Zu Anlage 12 „Schalltechnische Untersuchung“:

Die immissionsschutzrechtliche Zuständigkeit bezüglich des Betriebs der Gleise „Personen- und Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr“ liegt nicht bei der Unteren Immissionsschutzbehörde; diese müsste vielmehr beim Eisenbahnbundesamt (EBA, Außenstelle Hannover) liegen.

Von hier konnte aufgrund der geringen Bearbeitungszeit keine intensive Prüfung vorgenommen werden. Beim flüchtigen Sichten viel jedoch auf, dass keine Beurteilung des Gesamtverkehrs vorgenommen wurde und entsprechend auch keine Beurteilung der Gesundheitsgefährdung erfolgte. Des Weiteren wird auch in diesem Gutachten ein veraltetes Gebäudemodell berücksichtigt (s. o.).

Zum Naturschutz

Aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.

Die Maßnahmen zur Vermeidung/Minderung 001_V – 011_V sowie die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen A/E 1 – A/E 4 sind, wie im Landschaftspflegerischen Fachbeitrag mit integriertem Artenschutz der Planungsgemeinschaft LaReG GbR vom 16. August 2018 beschrieben, umzusetzen.

Das Ergebnis der Maßnahme 003_V (Kontrolle der zu fällenden Gehölze) ist der unteren Naturschutzbehörde zeitnah nach Kontrolle in Form eines Kurzprotokolls mitzuteilen.

Zum Gewässerschutz

Aus Sicht des Gewässerschutzes bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.

Im weiteren Verfahren ist die Entwässerungsplanung vorzulegen (Einzugsgebiete, Lageplan, Schnitt). Die vorgelegten hydraulischen Berechnungen sind ausreichend.

Zum Bodenschutz

Aus Altlastensicht bestehen grundsätzlich keine Bedenken.

Bei Feststellung von Verunreinigungen sind die Bauarbeiten sofort einzustellen: Die untere Bodenschutzbehörde der Abteilung Umweltschutz der Stadt Braunschweig ist unverzüglich zu benachrichtigen. Die Bauarbeiten dürfen erst dann wiederaufgenommen werden, wenn seitens der unteren Bodenschutzbehörde der Abteilung Umweltschutz die Unbedenklichkeit der Fortführung der Maßnahmen bestätigt wird.

Zu Kampfmitteln

Es gab im Bereich des Vorhabens Bombardierungen im 2. Weltkrieg. Aus Sicherheitsgründen werden bei Erdarbeiten Gefahrenforschungsmaßnahmen auf Kampfmittel empfohlen.

Zum Stadtklima

Aus stadtclimatischer und lufthygienischer Sicht bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben. Bei Umsetzung der Maßnahme, ist darauf zu achten, dass die baubedingten lufthygienischen Belastungen auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Zum Klimaschutz

Keine Anmerkungen aus Sicht des Klimaschutzes.

Zur UVP

Das Vorhaben betrifft den Bau einer sonstigen Betriebsanlage von Eisenbahnen im Sinne von Nr. 14.8 der Anlage 1 zum UVPG. Hierfür ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles nach § 5 Satz 1 UVPG vorgesehen.

Zur Verkehrsplanung

Unmittelbar werden offenbar keine Kanäle (der Stadt) mit der Planung überbaut, jedoch sind bei einer Einleitung in das Kanalnetz der Stadt die Anforderungen der SE|BS zu berücksichtigen. Die Stadtentwässerung Braunschweig ist, soweit noch nicht geschehen, in die weiteren Abstimmungen mit einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

I. A.

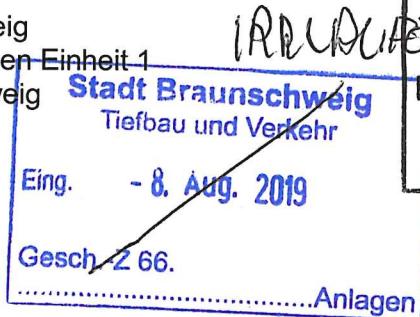
Warnecke



Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover

Niedersächsische Landesbehörde
für Straßenbau und Verkehr
– Planfeststellungsbehörde –

Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig



Bearbeitet von
Thomas Kelpen

E-Mail
Thomas.Kelpen@nlstbv.niedersachsen.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
P227.30213- 6/19-DB
Gliesmarode

Durchwahl 05331 984-165

Hannover, 05.08.2019

Planfeststellung für das Vorhaben „Bahnhof Braunschweig-Gliesmarode: Änderung der Verkehrsstation“ von Bahn-km 56,220 bis 56,738 der Strecke 1722 Celle-Braunschweig in der Stadt Braunschweig

Hier: Anhörungsverfahren

Anlage: 2 CD Planunterlagen

fehlen

Sehr geehrte Damen und Herren,

für das o. g. Vorhaben wird auf Antrag der DB Station&Service AG ein Planfeststellungsverfahren nach §§ 18 ff. Allgemeines Eisenbahngesetz in Verbindung mit den §§ 15 bis 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sowie den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) durchgeführt.

Gemäß § 73 VwVfG übersende ich Ihnen hiermit die Planunterlagen mit der Bitte, bis zum

10.10.2019

Zu dem Plan aus Ihrem Aufgabenbereich Stellung zu nehmen. Die Planunterlagen können während der öffentlichen Auslegung vom 26.08.2019 bis einschließlich zum 25.09.2019 auch bei der Stadt Braunschweig während der Dienststunden eingesehen werden.

Darüber hinaus sind die Planunterlagen im o. g. Auslegungszeitraum auch auf der Internetseite der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr unter <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview> einsehbar.

Erhalte ich bis zum genannten Termin keine Nachricht, gehe ich davon aus, dass Ihrerseits keine Bedenken gegen den Plan bestehen. Am weiteren Verfahren werden Sie dann nicht mehr beteiligt.

Einwendungen, die privatrechtliche Eigentums- oder sonstige Rechtspositionen betreffen, sind bis spätestens zum **10.10.2019** zu erheben. Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen gemäß § 73 Abs. 4 S. 3 VwVfG ausgeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

Thomas Kelpen

Dienstgebäude/
Harztorwall 24b
38300 Wolfenbüttel

Besuchszeiten
Mo. - Do. 9 – 15 Uhr
Fr. 9 - 12 Uhr

Telefon
05331 984-0
Telefax
05331 984-170

E-Mail
Poststelle@nlstbv.niedersachsen.de
Internet
www.strassenbau.niedersachsen.de

Bankverbindung
IBAN: DE62 2505 0000 0106 0224 03
SWIFT-BIC: NOLA DE 2H

Überweisung im Bundesfernstraßenbau
UniCredit Bank - HVB Settlement EAC10
IBAN: DE64 2073 0010 3003 0100 10 SWIFT-BIC: HYVE DE MME10

Betreff:

Planfeststellung für das Vorhaben "Bahnhof Braunschweig-Gliesmarode: Änderung der Verkehrssituation von Bahn-km 56,200 bis 56,738 der Strecke 1722 Celle-Braunschweig in der Stadt Braunschweig"
Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig
Änderungsantrag zur Vorlage 19-11744

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.10.2019

Beratungsfolge:

Planungs- und Umweltausschuss (Entscheidung)

Status

01.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:

1. Der Stellungnahme der Stadt Braunschweig (Anlage 1 der Ursprungsvorlage) wird zugestimmt.
2. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung gebeten, bei den weiteren Planungen folgende Punkte kontinuierlich gegenüber der Deutschen Bahn AG einzufordern:
 - Installation eines Aufzugs für einen wirklich barrierefreien Zugang zu den Gleisen
 - Schaffung einer Direktverbindung zwischen Bahnsteig und Grünwaldstraße
3. Die Verwaltung wird weiterhin gebeten, in den weiteren Planungen einen P+R-Platz vorzusehen.

Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf folgende Vorlage: Planfeststellung für das Vorhaben "Bahnhof Braunschweig-Gliesmarode: Änderung der Verkehrssituation von Bahn-km 56,200 bis 56,738 der Strecke 1722 Celle-Braunschweig in der Stadt Braunschweig" Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig

<https://ratsinfo.braunschweig.de/ri/vo020.asp?VOLFDNR=1014671&noCache=1>

Sachverhalt:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen:

keine

Betreff:

Planfeststellung für das Vorhaben "Bahnhof Braunschweig-Gliesmarode: Änderung der Verkehrssituation von Bahn-km 56,200 bis 56,738 der Strecke 1722 Celle-Braunschweig in der Stadt Braunschweig"

Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig

Organisationseinheit:	Datum:
Dezernat III	01.10.2019
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Planungs- und Umweltausschuss (Entscheidung)	01.10.2019	Ö

Beschluss:

„Der Stellungnahme der Stadt Braunschweig (Beschlussvorlage 19-11744 – Anlage 1) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, erneut auf den Regionalverband Großraum Braunschweig und die DB AG zuzugehen, mit dem Ziel, dass diese die Planungen zur Herstellung eines zweiten Zugangs zum Bahnhof Griesmarode von der Grünwaldstraße aus aufnehmen.“

Sachverhalt:

Stand der Beratungen

Der Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach hat in seiner Sitzung am 25.09.2019 die Vorlage 19-11744 beraten und einstimmig abgelehnt mit der Begründung, dass zum einen ein Zugang zu den Bahnsteigen von der Grünwaldstraße aus für Bahnreisende wichtig und für Rettungskräfte notwendig sei, in der Planung aber nicht berücksichtigt wurde. Darüber hinaus lehnt der Stadtbezirksrat die Planung ab, weil statt eines Aufzuges eine ca. 100 m lange Rampe zu den Bahnsteigen führen soll, die als zu lang und zu steil erachtet wird.

Zugang von der Grünwaldstraße

In den bisherigen Gesprächen wurde der Wunsch der Stadt, einen offiziellen Zugang von der Grünwaldstraße mit in die Planung aufzunehmen, seitens der DB abgelehnt. Begründet wurde dies damit, dass der jetzige Zugang illegal sei und die Sicherheitsvorschriften einen solchen Zugang auch nicht zuließen. Es wurde darüber hinaus auf den Unterhaltsaufwand hingewiesen. Eine erneute Prüfung wurde seitens der DB außerhalb des Projektes Griesmaroder Bahnhof angeboten. Ein Ergebnis liegt hierzu noch nicht vor.

Aus Sicht der Verwaltung sollte vermieden werden, dass durch die Forderung der Stadt nach diesem zweiten Zugang das Gesamtprojekt langfristig verzögert wird. Um die noch offenen Fragen der technischen Realisierbarkeit, der Kosten als auch des Zeithorizonts für einen solchen zweiten Zugang zu den Bahnsteigen von Osten abzuklären, hält die Stadt an dem Vorgehen fest, diese Zuwegung als separates Projekt zeitnah zu verfolgen und mit dem Regionalverband und der DB eine Abstimmung herbeizuführen.

Rampe von der Gliesmaroder Straße

Die DB AG und der RVB sind dem Wunsch der Stadt, den Zugang zum Bahnhof Gliesmarode in Richtung Östliches Ringgebiet so nah wie möglich an die Stadtbahnhaltestelle heranzurücken, gefolgt. Dadurch wird ein kurzer Umstieg und eine gute Orientierung zwischen den beiden Transportmitteln erreicht. Hierbei müssen allerdings sehr enge Platzverhältnisse am Zwangspunkt der Eisenbahnbrücke über dem Stadtbahngleis hingenommen werden. Dies bedingt, dass die Flächenverhältnisse keinen Aufzug im Nahbereich des Einganges des Bahnhofes zulassen. Erst etwa auf Höhe der eingeplanten Treppenanlage ließe sich ein Aufzug realisieren – also etwa auf halber Höhe der Rampenanlage. Daher wurde zwischen den Planungsbeteiligten die Lösung einer durchgehenden Rampe plus der abkürzenden Treppe auf der Ostseite der Bahnsteige favorisiert. Die Vorteile der technisch robusten Rampenlösung ohne Wartezeiten vor einem Aufzug überwogen gegen eine Doppellösung mit Rampe plus Aufzug auf halber Höhe. Auch die Barrierefreiheit ist dauerhaft und ohne Ausfallzeiten sichergestellt. Sowohl das Steigungsniveau, die Rampenlängen als auch die Zwischenpodeste entsprechen den üblichen Standards.

Weitere Bedenken standen der Planung seitens des Stadtbezirksrates nicht entgegen.

Es wird daher empfohlen, der Stellungnahme der Stadt zuzustimmen und die Verwaltung zu beauftragen, erneut auf den Regionalverband Großraum Braunschweig und die DB AG zuzugehen, mit dem Ziel, dass diese die Planungen zur Herstellung eines zweiten nahezu ebenerdigen Zugangs zum Bahnhof Gliesmarode von der Grünwaldstraße aus aufnehmen.

Leuer

Anlage/n:

Keine